



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG VOM 20.04.2012

EU-Parlamentarier geben kurzfristigen Wahlchancen Vorrang vor Klimazielen:

EUROPAPARLAMENT VERSÄUMT ES, INNOVATIONEN UND DEN ABBAU UMWELTSCHÄDLICHER SUBVENTIONEN ZU FÖRDERN

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) begrüßt, dass das EU-Parlament in seiner Plenarsitzung am Donnerstag zwar grundsätzlich der EU-Energiesteuerreform und insbesondere der Einführung eines CO₂-Steuerelements zugestimmt hat.

„Es werden allerdings Steuergelder verschwendet, wenn in Zeiten der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung weiterhin die jahrzehntelange Dieselsubventionierung befürwortet wird. Die damit verbundenen Einnahmeausfälle sind nicht akzeptabel“, sagte Kai Schlegelmilch, Leiter Internationales und EU-Politik des FÖS. **„Mit der Ablehnung anderer zentraler Elemente des Vorschlags der Kommission versäumt es das Parlament, die dringend erforderlichen ökonomischen Rahmenbedingungen für Autos mit innovativen Gas-, Hybrid- und Elektro-Antrieben zu schaffen.“**

Die weltmarktbedingten Ölpreisschwankungen sind größer als die geplante Dieselsteueranpassung. Europa würde unabhängiger von fossilen Importen und könnte damit seine Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die Übergangsfristen bis Mitte des nächsten Jahrzehnts würden ausreichend Zeit zur Anpassung gewähren. Doch selbst diese sind nur begrenzt erforderlich, weil der Autokauf primär vom Effizienzvorteil des Diesels und der zu geringen Dienstwagenbesteuerung beeinflusst wird.

Offenbar ist der Umschwung des Parlaments insbesondere den deutschen und französischen Sozialdemokraten zu verdanken, die sich kurzfristig von ihrer ursprünglichen Unterstützung des Kommissionsvorschlags verabschiedeten. Bevorstehende Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Frankreich beherrschten das Abstimmungsverhalten mancher Politiker.

Das Parlament hat jedoch formal kein Mitentscheidungsrecht. Insofern liegt es jetzt ganz in Händen der Mitgliedstaaten, den Kommissionsvorschlag auf ambitioniertem Niveau zu verabschieden. Hierzu ruft das FÖS die deutsche Bundesregierung auf, den Kommissionsvorschlag stärker zu unterstützen.

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag über den sog. Lulling-Bericht zur EU-Energiesteuerrichtlinie abgestimmt. Die Kommission hatte dazu im April 2011 einen Vorschlag vorgelegt. So soll die Höhe der Steuer für alle Energieträger am CO₂-Ausstoß und Energiegehalt (technische Neutralität) orientiert werden. Die existierenden Verzerrungen sollen auslaufen.

Der Kommissionsvorschlag verringert den Tanktourismus, der dem deutschen Steuerzahler bisher Millionen Euro Steuerausfälle verursacht. Luxemburg müsste seinen Dieselsatz von derzeit 30 auf 41 Cent erhöhen – in Deutschland liegt er seit 2003 bei 47 Cent.

Weitere Informationen: http://www.foes.de/pdf/Hintergrund_Energiesteuerrichtlinie.pdf (Drei Seiten) und Pressemitteilung vom 18.04.2012: <http://www.foes.de/pdf/2012-04-18%20PM%20Energiesteuerrichtlinie.pdf>.

Kontakt: Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-890 26 80)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.